



Landeshauptstadt
München
Oberbürgermeister

Dieter Reiter

Zur Gedenkveranstaltung aus Anlass der Reichspogromnacht
am 9. November 2018 um 13.00 Uhr, Alter Rathaussaal

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Ich begrüße Sie zur heutigen Gedenkstunde im Alten Münchner Rathaussaal und sage Ihnen für Ihr Kommen ganz herzlichen Dank.

80 Jahre nach den Novemberpogromen von 1938 sind antisemitische Ressentiments und Denkmuster wieder an der Tagesordnung. Und damit meine ich nicht allein antisemitisch motivierte Straftaten oder diffamierende Äußerungen von Jugendlichen auf Schulhöfen. Ich denke vor allem auch daran, dass Antisemitismus längst nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand als Randerscheinung zutage tritt, sondern quer durch die ganze Gesellschaft für viele Menschen als Ausdruck freier Meinungsäußerung gilt. Vor einem Monat hat der Comedian und Autor Oliver Polak, selbst Jude, seinen ganz persönlichen Erfahrungsbericht dazu veröffentlicht, einen flammenden Appell gegen Menschenhass und Antisemitismus in Deutschland mit dem Titel „Gegen Judenhass“. Fazit auch da, dass der zivilisatorische Konsens, wonach Antisemitismus mit den demokratischen Grundwerten der bundesdeutschen Gesellschaft absolut unvereinbar ist, offenbar aufgekündigt wurde. Und das ist mehr als erschreckend. Und unter gar keinen Umständen hinnehmbar.

Erschreckend ist auch, wie sich vor diesem Hintergrund derzeit das Parteienspektrum ändert und damit antisemitische Einstellungen oder besser gesagt Zumutungen verstärkt in den öffentlichen Diskurs hineingetragen werden. Und wie schon Charlotte Knobloch zu Recht betont hat, gehört der bewusste Bruch mit den bisher geltenden freiheitlich-

demokratischen Überzeugungen zum ungunsten Ton und damit insbesondere auch antisemitische Ressentiments und Verschwörungstheorien.

Den massiven Protest der Mehrheit hätte es auch damals gebraucht, als es zu Beginn der 1930er-Jahre immer häufiger zu Übergriffen der SA auf jüdische Geschäfte und Bürger und zu den ersten Terroranschlägen von Nazis auf Synagogen gekommen ist. Und genauso hätte es ihn bei der späteren Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 gebraucht, in der die nichtjüdische Bevölkerung stattdessen meist einfach zugeschaut, bisweilen zugestimmt oder im schlimmsten Fall sogar mitgemacht hat.

Hier im Alten Münchner Rathausaal hatte Joseph Goebbels damals mit seiner antisemitischen Hetzrede das Signal zum Losschlagen gegeben. Überall in Deutschland brannten daraufhin die Synagogen, wurden jüdische Geschäfte demoliert und geplündert, Wohnungen ausgeraubt, jüdische Bürgerinnen und Bürger in Angst und Schrecken versetzt, gejagt, schikaniert, erniedrigt, verhaftet, verschleppt, misshandelt, in den Suizid getrieben oder sogar ermordet. Womit der Weg geebnet war für die weitere schrittweise Radikalisierung der Judenverfolgung, von der kompletten Ausgrenzung und Enteignung bis zu den Deportationen und dem Massenmord in den Todeslagern. Allein in München wurden in dieser Nacht vor 80 Jahren rund 1.000 Jüdinnen und Juden von der Gestapo verhaftet. Die meisten von ihnen kamen als sogenannte Aktionshäftlinge ins Konzentrationslager Dachau, wo viele von ihnen an den Folgen von Misshandlungen und Entbehrungen gestorben sind.

Die Erinnerung an die damaligen Gräueltaten ist auch deshalb so wichtig, weil sie uns klipp und klar vor Augen hält, was heute zu tun ist und wo wir jetzt zu stehen haben. Nämlich eng und unverbrüchlich an der Seite der Jüdinnen und Juden. Das ist unsere unbedingte Pflicht in diesen, unseren Tagen, in denen wir es mit Hakenkreuzen auf jüdischen Friedhöfen und mit Beleidigungen in der Bahn oder im Internet zu tun haben, mit Hassparolen gegen Inhaber jüdischer Geschäfte und sogar wieder mit judenfeindlichen Schlägern auf der Straße. Wer mit Vertretern von jüdischen Gemeinden oder Organisationen spricht, hört immer wieder: Die Angst vor Übergriffen wächst. Es ist eine Schande für unser Land, dass sich der Zentralrat den Juden erst heuer veranlasst sah zu raten: Tragt in deutschen Großstädten lieber Basecap als Kippa.

Auch hier in München gibt es immer mehr judenfeindliche Straftaten, wobei Volksverhetzung laut Polizei das häufigste Delikt ist. Entsprechend sind wir alle dringend dazu aufgefordert, Antisemitismus stets klar und deutlich in die Schranken zu weisen, im privaten Umfeld genauso wie in der Öffentlichkeit. Egal, wie er daherkommt, ob von rechtsaußen als rassistisch und völkisch aufgeladener Judenhass, ob als obskure Verschwörungstheorie eines Weltjudentums, ob als Relativierung von NS-Verbrechen oder geleitet von antiisraelischen Ressentiments. Auch die Stadt München ist hier gefragt. Dies hat der Münchner Stadtrat mit seinem Grundlagenbeschluss vom Dezember 2017 nochmals nachdrücklich unterstrichen und festgelegt, dass Antisemitismus keine Unterstützung erfahren soll - weder durch städtische Zuschüsse noch durch Raumvergaben seitens der Stadtverwaltung.

Und was wir dabei bitteschön auf keinen Fall vergessen dürfen: Es ist nicht die Aufgabe der Leidtragenden von Hass, Hetze und Gewalt, die Mehrheitsgesellschaft für ihren Schutz zu mobilisieren. Vielmehr ist es die Aufgabe jeder aufmerksamen, verantwortungsbewussten und demokratischen Stadtgesellschaft, von sich aus gegen Antisemitismus aufzustehen und sich solidarisch an die Seite der Jüdinnen und Juden zu stellen. So wie das etwa heuer am 8. Juni wieder Tausende von Münchnerinnen und Münchnern mit einer von der Stadtverwaltung organisierten Großdemonstration auf dem Jakobsplatz auf beeindruckende Weise getan haben.

Mit der dortigen Solidaritätsaktion „Zusammenstehen gegen Antisemitismus“ haben wir seinerzeit übrigens zugleich an eines der schwärzesten Kapitel der Münchner Stadtgeschichte erinnert, das sich damals ebenfalls zum 80. Mal gejährt hat: nämlich die Verfügung der nationalsozialistischen Münchner Stadtverwaltung zum sofortigen Abriss der einstigen Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Fünf Monate später, in der Pogromnacht 1938, fielen dann auch die beiden noch verbliebenen Münchner Synagogen, die orthodoxe Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße und die ostjüdische Synagoge in der Reichenbachstraße dem NS-Terror zum Opfer.

Mit der heutigen Gedenkstunde und der Erinnerung an diese Barbarei wollen wir nun also erneut unsere historische Verantwortung zum Ausdruck bringen und gleichzeitig unseren entschiedenen Willen bekräftigen, gemeinsam und mit Nachdruck gegen jedwede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus anzukämpfen – mit der ganzen

Kraft unserer Demokratie, Kultur und Humanität. In diesem Sinne danke ich Ihnen allen noch einmal ganz herzlich für Ihr Kommen!